

Diffamierungskampagne der SPD im hessischen Wahlkampf

Beschämender Kulturkrieg

Von Gerd Held

Gewiss wird in Wahlen nicht im Einzelnen über Regierungsprogramme entschieden. Aber Demokratie ist nur dort möglich, wo die Hauptparteien in etwa zeigen, welche Ergebnisse für das Land sie mit welchen Mitteln erreichen wollen. In der Geschichte der Bundesrepublik ist der Wettbewerb der beiden großen Volksparteien im Großen und Ganzen auch so ausgetragen worden. Der Wähler konnte sich ungefähr die Regierung vorstellen, die ihn auf der einen oder anderen Seite erwartete. In diesem Punkt stellt der Wahlkampf in Hessen tatsächlich ein Novum dar. Ob in der Energiepolitik, der Schulpolitik, der Sicherheitpolitik oder der Finanzpolitik – nirgends hat die Sozialdemokratie etwas vorgelegt, das bilanzfähig wäre. Sie hat im Grunde auf allen Politikfeldern Windräder aufgestellt: Einzelmaßnahmen, die vielleicht 5-10% eines Verantwortungsbereichs abdecken. Der Rest wird in eine Zone vager Orientierungen verschoben. Darunter sind durchaus noble Ideen und gut gemeinte, wenn auch nicht ganz taufrische Experimente aus den 60er und 70er Jahren.

Für Ideen und Experimente gibt es in der Moderne die Autonomie der Kultur. Hier kann etwas erprobt werden, ohne allgemeinverbindliches Gesetz werden zu müssen. Es kann Streit geben, aber keine existenzielle Feindschaft. In dieser Sphäre gilt – mit Voltaire – die Freiheit des Andersdenkenden. Im Gegenzug muß darauf verzichtet werden, von hier aus die politische Arena zu besetzen. Nutzen und Mißbrauch der Kultur liegen also dicht beieinander. An diesem Punkt hat die Sozialdemokratie

nun eine neue Tonlage eingeführt. Sie betreibt eine Diffamierungskampagne gegen den hessischen Regierungschef, die gar nicht auf die Realitäten der Amtsführung zielt, sondern auf unterstellte Absichten. Was mit „Wahlkampfmanöver“ begann, wurde zu geheimer Komplizenschaft mit den Gewalttätern in München und zum „Kindergefängnis“. Der Exkanzler versuchte, die Person Koch mit der Bezeichnung „dieser merkwürdige Mensch“ öffentlich zu ächten. Im TV-Duell am vergangenen Sonntag konnte die SPD-Kandidatin dann den Erfolg der Kampagne resümieren und das Opfer zum Täter erklären: „Das Problem, warum das so diskutiert wird, ist, dass man Ihnen das zutraut.“ Claudia Roth (Grüne) hat gestern den Sack zugemacht und „die Abwahl der Unkultur“ zum eigentlichen Wahlziel erklärt.

Hier wird das Kulturelle zur Ersatzhandlung, denn die Zumutungen und Kosten eines eigenen Regierungsprogramms bleiben ausgeklammert. Die Politik wird Gesinnungspolitik und die Kultur wird zum politischen Kampfmittel. Sie verliert ihre Freiheit an ein politisches Lager. Das Wort „Unkultur“ weckt böse Erinnerungen. Der Anspruch, über die „Anständigkeit“ politischer Wettbewerber richten zu wollen, verrät moralische Arroganz. Überhaupt ist die Vorstellung, man könne und soll einen Kampf um kulturelle „Hegemonie“ eine ganz unmoderne Vorstellung. Eigentlich ist die politische Indiennahme der Kultur in Deutschland – spätestens seit den „deutschen Ideen“ von 1914 – eine Erfindung der Rechten. Aber in der jüngeren Geschichte hat sich die Linke revanchiert,

besonders mit „68“. Denn die 68er waren nicht einfach „Öffner“ der Kultur, sondern ihre Instrumentalisierer in einer „Kulturrevolution“ gegen Wirtschaft und Staat.

Die Formen dieser Manipulationskultur, ihre Feindbilder und Kampagnenmuster, sind noch virulent. Für eine SPD, die ihre

traditionellen Wurzeln verliert, mag es verführerisch sein, sich heute mehr denn je in diesem Arsenal zu bedienen. Aber sie wird bei diesem erbärmlichen Kulturkrieg ihre politische Handlungsfähigkeit, Weitsicht und Würde verlieren.

(Manuskript vom 22.1.2008, erschienen als Gastkommentar in der Tageszeitung „Die Welt“ am 24.1.2008)